



PRESSEINFORMATION

Stadtratsvorlage: Modellprojekt „Chemnitzer Job-Initiative 2007“ ist Kapitulation jeglicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Am kommenden Mittwoch hat der Stadtrat (Vorlagennummer B-163/2007) darüber abzustimmen, ob sich die Stadt an dem sog. Modellprojekt „Chemnitzer Job-Initiative 2007“ beteiligen soll. Dieses Konzept entspricht dem Beispiel der Bürgerarbeit, wie es bereits in Bad Schmiedeberg (Sachsen-Anhalt) durchgeführt wird. Hierbei belaufen sich die Kosten für die Stadt Chemnitz auf 90,00 Euro pro Person, die für das Projekt (vorzugsweise im PLZ-Gebiet 09123) vorgesehen ist. Insgesamt soll dies ca. 250 Personen betreffen, die für 12 Monate beschäftigt werden sollen.

Die Jungen Liberalen Chemnitz (JuLis) lehnen eine finanzielle Beteiligung der Stadt Chemnitz an dem Projekt ab!

„Wir sind der Meinung, dass die Schaffung eines 3. Arbeitsmarktes in Chemnitz (Bürgerarbeit) weder den Betroffenen langfristig hilft, noch generell ein sinnvolles Instrument der Arbeitsmarktpolitik ist. Arbeitslose immer weiter vom 1. Arbeitsmarkt entfernt einzusetzen, kann keine Lösung sein, das hat bereits der sog. 2. Arbeitsmarkt (1-Euro-Jobs, ABM, SAM) gezeigt“, sagt Ronny Winkler, Kreisvorsitzender der JuLis Chemnitz.

Nicht einmal 3 Prozent der Menschen werden daraus in den 1. Arbeitsmarkt übernommen, das zeigen Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) - welche Chancen sich dann aus dem 3. Arbeitsmarkt ergeben, dürfte damit eindeutig sein!

„Hier werden für fehlgeschlagene Konzepte lediglich neue Namen erfunden - hier werden Illusionen verkauft! Es muss stattdessen vielmehr darum gehen, die Betroffenen umfassend zu qualifizieren und zwar für Berufe, die aktuell am Arbeitsmarkt nachgefragt werden und die den Neigungen der Einzelnen weitestgehend entgegenkommen! Hierzu müssen die entsprechenden Gelder bereitgestellt werden. Wie sonst sollen jene Menschen überhaupt wieder aus dem 2. oder 3. Arbeitsmarkt herauskommen und für ihr späteres Alter vorsorgen können? Wer arbeitsmarktferne Maßnahmen fördert, dem muss klar sein, dass jene Personen später in die Altersarmut gedrängt werden. Zudem muss ehrenamtliches Engagement stärker gefördert werden. Auch dies hilft, um soziale Kontakte aufrecht zu erhalten und das Gefühl des ‚Gebraucht-werdens‘ zu stärken,“ so Winkler abschließend.

Die finanzielle Beteiligung der Stadt Chemnitz an dem Projekt ist ohnehin eine „Kann-Bestimmung“. Die Stadt kann nicht dazu gezwungen werden! Eine finanzielle Beteiligung seitens des Landes aus EU-Mitteln (ESF) ist bereits gescheitert.

Chemnitz, 18. Juni 2007

Herausgegeben von:

Jens Weis
stv. Kreisvorsitzender JuLis Chemnitz